

Nachdem vor zehn Jahren in Kolumbien die rechte Terrorgruppe der Paramilitärs(AUC) entwaffnet wurde, fand nur eine halbherzige Aufklärung und Bestrafung ihrer Verbrechen gegen die Menschlichkeit statt.

Die Tageszeitung EL TIEMPO veröffentlichte am 19.5.2014 ein Interview mit Justizminister Alfonso Gómez Méndez zu der Frage, ob nach einem Friedensschluss mit der FARC sich solche Fehler wiederholen könnten.

„Im Verhandlungsprozess mit der FARC wird es keine Straffreiheit geben, wie es sie leider für die AUC gab“

Justizminister Alfonso Gómez Méndez erhebt schwere Vorwürfe bezüglich der Verhandlungsergebnisse mit den Paramilitärs und versichert, dass es im Gegensatz dazu keine derartige Belastung des Friedensprozesses mit der FARC geben werde.

Gómez Méndez sagt, es müsse geklärt werden, wie Drogendealer „reinsten Wassers“ wie Juan Carlos Sierra(reiste in die USA ein, wo dem Auslieferungsersuchen Kolumbiens nicht stattgegeben wurde, A.d.Ü.) in ihrer Funktion als mutmaßliche Chefs der Paramilitärs entlastet werden konnten.

Frage:

Wie antworten Sie denjenigen, die behaupten, dass im Friedensprozess danach gesucht werde, der FARC Straflosigkeit zuzuerkennen?

Antwort:

Diejenigen, die den Friedensprozess kritisieren, indem sie sagen, es handele sich um einen Pakt für die Straflosigkeit der FARC, belügen das Land. Im Verfahren „Gerechtigkeit und Frieden“ (Vereinbarung der Regierung mit der AUC, A.d.Ü.) hat man mit der Annahme, man werde die Wahrheit über den Paramilitarismus aufdecken, um die Opfer zu entschädigen und Garantien gegen eine Wiederholung der Verbrechen zu schaffen, dem Land große Konzessionen abverlangt, um die Paramilitärs, also Verbrecher, die unter anderen Umständen Haftstrafen von 60 Jahren zu erwarten gehabt hätten, nur zu Strafen zwischen 5 und 8 Jahren Haft zu verurteilen. Und in gewisser Weise hat das Land dies akzeptiert. Aber die Wahrheit gab es nicht, denn bisher wissen wir nicht, wie der Paramilitarismus entstand, wer ihn finanzierte, wer ihn tolerierte und wer seine Komplizen im Staatsapparat waren. Die Paras begannen plötzlich an Alzheimer zu leiden. Sie erinnerten sich nur noch an jene ihrer Helfer, die tot sind, nicht an die Lebenden. Die Wahrheit gibt es nicht. Gerechtigkeit hat es auch nicht gegeben, denn 10 Jahre danach gibt es lediglich 10-14 Urteile mit diesen minimalen Strafen. Ich weiß nicht, ob man das ein Verfahren ohne Straflosigkeit nennen kann.

F.:

Von Entschädigung hat man auch nichts gesehen.....

A.:

Das Konzept war, die Opfer mit allen Besitztümern der Paramilitärs zu entschädigen, doch der Staat hat nicht enteignet und hat nichts an die Opfer übergeben..... Heute müsste die Staatsanwaltschaft eine große Überprüfung dieser Vorgaben durchführen, um diejenigen zu ermitteln, die die Wahrheit

verschleiern, die nicht entschädigten, die nicht ihre Besitztümer übergaben und die dann sofort das volle Strafmaß bekommen müssten.

F.:

Was garantiert, dass der Prozess mit der FARC nicht ebenso endet?

A.:

Im jetzigen Prozess wollen wir diese Fehler nicht erneut machen. Erstens wird man die Wahrheit erfahren, die ganze Wahrheit, von allen Parteien. Zweitens ist es heute ein Friedensprozess, der die Opfer einbezieht. Das Gesetz über die Opfer war das erste wichtige Gesetz dazu, vor allem, weil es verabschiedet wurde, noch bevor die Friedenverhandlungen begannen. Zusätzlich wird ein Gesetz über Grundsätze auf den Weg gebracht werden, das die Ergebnisse von Havanna konsolidieren wird und das nicht vor dem Volk verborgen behandelt wird. Und noch etwas: Weder die Projekte, die Fälle von Amnestie, noch die früheren Prozesse – auch nicht das fälschlicherweise als Friedensprozess bezeichnete Abkommen mit den Paras – wurden jemals einer Abstimmung durch die Bevölkerung unterzogen. Es wird jetzt der erste Fall eintreten, dass ein Präsident aus eigenem Entschluss, denn laut Verfassung gäbe es dafür keine Notwendigkeit, eine mögliche Vereinbarung der Bevölkerung zur Abstimmung vorlegen wird. Es wird keine Straflosigkeit geben, denn es wird Strafprozesse geben und Sanktionen gegen die Hauptverantwortlichen. Das Gesetz wird vorschreiben, was für Strafprozesse und was für Sanktionen.

F.:

Was wird im Fall von Sierra geschehen?

A.:

Durch die Auslieferung der Köpfe der Paramilitärs an die USA wurde es erschwert, die Wahrheit zu erfahren. Zwar trifft es zu, dass einige von ihnen kooperierten und vor der Staatsanwaltschaft und vor dem Obersten Gericht ihre Versionen der Geschehnisse darlegten, die die Beweislage in einigen Strafprozessen verbesserten. Aber bisher fehlt noch vieles zur Information über die Wahrheit. Im Fall Sierra geschah es, dass US-Behörden wahrscheinlich annahmen, ihm drohe Gefahr in Kolumbien. Und das trotz der Garantien, die der kolumbianische Staat gab, dass dies nicht der Fall sei, und deshalb wurde er nicht zurückgeschickt.

F.:

Zeigen Fälle wie dieser, dass die Auslieferungsverfahren geändert werden müssen?

A.:

Ich habe gesagt, dass die Normen über die Auslieferung überprüft werden müssen, weil das passiert ist. Man muss die Verpflichtung Kolumbiens zum Kampf gegen den Drogenhandel in Einklang bringen damit, dass es Kolumbianer gibt, von denen man weiß, dass sie Verbrechen verübten, die uns so schwer getroffen haben. Im Fall Sierra werden wir die diplomatischen und juristischen Möglichkeiten prüfen um zu ermitteln, auf welche Weise eine Rückführung nach Kolumbien möglich wäre.
